

Ratsleute werfen Ortschef Verzögerung vor

Streit um Beschlüsse in Vettelschoß

Von unserer Mitarbeiterin Simone Schwamborn

Vettelschoß. Ratsbeschlüsse werden gemacht, um möglichst zeitnah umgesetzt zu werden. In

Vettelschoß dreht sich das Rad nach Ansicht einiger Ratsmitglieder nicht so schnell, wie sie es sich von der Gemeindeleitung wünschen. Die Fraktionen von FWG und FDP erheben den Vorwurf, dass Themen im Leerlauf zu stagnieren drohen. „Beschlossene Dinge werden nicht umgesetzt oder nur dann, wenn man massiv vorgeht“, sagt Norbert Rohringer (FDP) und nennt als Beispiel, dass das Thema Freifunk an öffentlichen Gebäuden nur schleppend vorangehe oder die im März 2019 beschlossene Resolution über Ausbaubeiträge erst diesen Sommer auf den Weg gebracht wurde. Auf die Anbringung eines WC-Schildes durch den Bauhof habe man wochenlang gewartet, ebenso wie auf Antworten zu Haftungs- und Versicherungsfragen zum Aussichtspunkt Willscheider Berg.



„Viele gemeindliche Vorhaben werden erschwert beziehungsweise verzögert. Dies liegt nicht in der Verantwortung der ehrenamtlichen Ortsbürgermeister oder Beigeordneten.“

Verwaltungsvorschriften und gesetzliche Rahmenbedingungen sind laut Heinrich Freidel schwieriger umzusetzen als früher.

Ortsbürgermeister Heinrich Freidel nimmt auf RZ-Anfrage Stellung zu den Vorwürfen. Zum Freifunk habe der Rat eine Infoveranstaltung beschlossen, die „leider durch die Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden konnte. Zwischenzeitlich wurde das Forum aber mit Freifunk ausgestattet. Weitere Standorte werden überprüft und nach Möglichkeit für die Installation vorbereitet“. Auf die Frage, warum die Resolution verspätet versendet wurde, antwortet Freidel: „Die Beschlüsse werden über den Verwaltungsweg der VG ausgeführt. Nach der Genehmigung der Niederschrift der entsprechenden Sitzung sollen diese zur Ausführung kommen.“ Was das WC-Schild angehe, sei zunächst eine laminierte Folie an der Wand der Friedhofs-kapelle angebracht worden, die verloren ging. Inzwischen sei aber ein stabiles metallisches Hinweisschild mit Dübeln befestigt worden.

Der Aussichtspunkt Willscheider Berg sei wiederholt in den Gremien besprochen worden, beschreibt Freidel den Ablauf und sieht darin keine zeitliche Verzögerung: Am 24. Juni hätten sich Ratsmitglieder am Willscheider Berg getroffen, um einen Standort zu finden. Tenor dieser Runde war,

im Bauausschuss eine Lösung zu erarbeiten und offene Fragen wie Finanzierung, Bauantrag und Sicherheit zu klären. Diese Sitzung habe am 16. September stattgefunden, und in der jüngsten Gemeinderatssitzung am 7. Oktober wurde mitgeteilt, dass es einen Planer für einen Aussichtsturm gebe.

Allgemein weist Freidel darauf hin, dass die Umsetzung von Beschlüssen wegen Verwaltungsvorschriften sowie gesetzlicher Rahmenbedingungen schwieriger geworden sei. „Dies ist eine Situation, die nicht nur die Ortsgemeinde Vettelschoß beklagt. Viele gemeindliche Vorhaben werden erschwert beziehungsweise verzögert. Dies liegt nicht in der Verantwortung der ehrenamtlich tätigen Ortsbürgermeister oder deren Beigeordneten.“ Bereits in der Ratssitzung Ende August habe die Gemeindeleitung die Fragenkataloge der SPD, FWG und FDP so weit wie

Spende sorgt für neue Debatte

Der jüngste Streit im Rat dreht sich um das Prozedere der Annahme einer Spende. Ein spendenwilliger Bürger hatte sich - angeblich nach unbeantworteten Anfragen an die Gemeindeleitung - direkt an den kommunalen Kindergarten gewandt, den er begünstigen wollte, teilt Waldemar Bondza, Vorsitzender des FDP-Amtsverbandes Linz/Bad Hönningen und Vettelschoßer Ratsmitglied, mit. Nach einer symbolischen Spendenübergabe überwies der Bürger 500 Euro an die VG mit der Bitte, der Vettelschoßer Rat möge

möglich beantwortet. Der Ortschef und die drei Beigeordneten treffen sich laut Freidel wöchentlich zur Besprechung der offenen Punkte. „In den Meetings wird vereinbart, welcher Beigeordneter anstehende Aufgaben übernimmt. Der Informationsaustausch der Beigeordneten mit den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen stellt sicher, dass alle Gemeinderatsmitglieder sich aus erster Hand Informationen einholen können und somit eine Transparenz gegeben ist“, betont Freidel. Nach der Wahl 2019 hätten rund 35 dieser Treffen der Gemeindegemeinschaft stattgefunden.

Unterstützung im Rat erhält er von der CDU-Fraktion, die in den Vorwürfen der FWG eine „Verunglimpfung“ des Ortsbürgermeisters mit Falschaussagen sieht. In Leserbriefen und Pressemitteilungen würden vom Pressteam der FWG Vettelschoß-Kalenborn wiederholt Lügen, Halbwahrheiten und Ver-

über die eingezahlte Spende entscheiden. Die Gemeindeleitung habe in der Sitzung diese Vorgehensweise gerügt und darauf bestanden, dass die begünstigte Ortsgemeinde erst über die Annahme abstimmen müsse, bevor die Zuwendung an den Empfänger gehe. Auf Nachfrage der RZ teilt die VG-Verwaltung mit, dass Spenden in der Regel in die VG-Kasse eingezahlt werden und eine Beschlussvorlage für den Gemeinderat erstellt wird. Wenn die Spende vom Rat genehmigt wird, werde der Begünstigte informiert. *sis*

unglimpfungen veröffentlicht. Der Vorwurf an den Bürgermeister, Fragen von Ratsmitgliedern nicht oder nicht klar zu beantworten, sei populistisch. „Schlicht falsch sind Aussagen, dass verschiedene Aktionen durch den stellvertretenden Bürgermeister in der urlaubsbedingten Abwesenheit von Heinrich Freidel schnell erledigt wurden“, reagiert die CDU Vettelschoß auf die Diskussion rund um eine Hütte am Bahnhof Kalenborn. Diese sei nicht, wie von der FWG behauptet, während des Urlaubs von Freidel auf Initiative des Ersten Beigeordneten, sondern durch den neuen Hütteneigentümer demontiert worden.

Passives Verhalten könne man Freidel auch nicht beim Thema Aussichtspunkt Willscheider Berg vorwerfen. Die FWG habe am 15. August beantragt, einen Aussichtspunkt mit einem geschotterten Weg zur Bruchkante des ehemaligen Basaltbruchs von den „Heinzelmannchen“ zu verbinden. Der dramatische Abbruch der Felswand am Hummelsberg 1978 ist vielen sicherlich noch im Gedächtnis. Ortschef Freidel wird daher „die Sicherheit der Konstruktion mit Bauaufsicht, Planern, Statikern und Sicherheitsfachleuten ausführlich beraten und einen gründlich durchdachten Beschluss vorbereiten“, äußert sich die CDU. Auch die Zusammenarbeit der Gemeinde und der VG-Verwaltung sei eingespielt. Jedoch habe sich die Corona-Pandemie negativ auf die Kooperation aller Beteiligten und die zeitnahe Abarbeitung von Beschlüssen ausgewirkt.